

Antrag

der Fraktion der AfD

Thema: **Sächsisch-russische Beziehungen verbessern, verbal abrüsten
– Sackgassenpolitik beenden**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Aus völkerrechtlicher Sicht ist die Aussage „Russland habe die Krim annektiert“, welche sich auch die Sächsische Staatsregierung in ihrer Argumentation zu Eigen macht, zumindest umstritten. Der unreflektierte Umgang mit diesem Werturteil erschwert einen differenzierten und konstruktiven Dialog. Dieser Dialog ist aber für die Ziele, den Friedensprozess in der Ost-Ukraine voranzubringen und die gegen Russland gerichteten Sanktionen zu beenden, dringend notwendig. Eine verbale Abrüstung ist daher geboten.
2. Darüber hinaus erschwert die voranschreitende Listung Abgeordneter der russischen Staatsduma über GASP-Beschlüsse den parlamentarischen Dialog. Gesprächsforen, über die Ideen und Wege zur Entspannung der Russlandpolitik oder zur Beendigung der Embargopolitik entwickelt werden können, sind mit Beteiligung dieser Abgeordneten im Freistaat Sachsen folglich nicht möglich.
3. Aufgrund der Embargopolitik gegen Russland und der dadurch hervorgerufenen Gegenmaßnahmen haben sich die sächsischen Exporte in die Russische Föderation zwischen 2013 und 2017 mehr als halbiert. Geschäftsbeziehungen sächsischer Unternehmer, vor allem kleiner und mittelständischer, sind nachhaltig geschädigt. Bundesweit und auch in Sachsen gab es in den Jahren 2017 und 2018 Firmeninsolvenzen, welche durch die Embargopolitik gegen Russland zumindest mitverursacht wurden.

Dresden, 23.11.2017

Jörg Urban, MdL und Fraktion
i.V. André Barth, MdL

AfD-Fraktion



Unterzeichner: André Barth
Datum: 23.11.2018

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

im Dialog mit Vertretern der russischen Föderation verbal abzurüsten und differenzierter zum Annexionsvorwurf zu argumentieren sowie das Dialogangebot mit weiteren Initiativen zu untersetzen und hierzu:

1. ein Verbindungsbüro in Moskau einzurichten, dass mindestens folgende Aufgaben umsetzen soll:
 - a) Präsentation der sächsischen Kultur und Geschichte,
 - b) Aufbau und Verknüpfung von Netzwerken in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik,
 - c) administrative Hilfestellungen bei gemeinsamen Projekten.

2. ein konkretes inhaltliches Konzept und einen zeitlichen „Fahrplan“ für die kontinuierliche Weiterentwicklung der sächsisch-baschkirischen Beziehungen zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung

Zu I.1.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben am 06. März 2014 einen dreistufigen Sanktionsmechanismus gegen die Russische Föderation beschlossen. In der Begründung wird auf die Abspaltung der Krim von der Ukraine sowie ihre Annexion durch die Russische Föderation verwiesen. Mithin macht sich die Sächsische Staatsregierung den Annexionsvorwurf in ihrer Argumentation (siehe u.a. Plenarprotokoll der 47. Sitzung von 16. Dezember 2016 S.4188) zu Eigen. Eine Annexion liegt vor, wenn ein Staat auf Kosten eines anderen Staates gewaltsam Staatsgebiet erwirbt.

Unter Berücksichtigung der historischen Ereignisse bis zum Jahr 2014, namentlich der Angliederung der Krim im Jahr 1954 an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und den Beschluss des Obersten Sowjets im Jahr 1992, der die Übergabe der Krim 1954 ex tunc für nichtig erklärte, bleibt die Erfüllung der oben genannten Tatbestandsmerkmale zweifelhaft. Diskussionswürdig ist zudem, wie der Beschluss von 1992 im Hinblick auf den russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag von 1990 sowie im Hinblick auf die Verhandlungen mit der Ukraine über eine Volksabstimmung hinsichtlich die „Krimfrage“ zu bewerten ist. Mithin wirft die rechtliche Einordnung der Ereignisse im und nach dem Jahr 2014 noch immer gewichtige Fragen auf. Selbst die USA beurteilen die russischen Aktivitäten auf der Krim nicht als einen Aggressionskrieg. Ebenso sind die Fragen, ob die russischen Akte als „Intervention auf Einladung“ zu werten oder vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gedeckt sind, nicht abschließend geklärt.

Um ein gestaffeltes Ende der Russlandsanktionen zu erreichen, das die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer Ende Januar 2018 unter Verweis auf einen neuen „methodischen Ansatz“ angekündigt haben, ist die verbale Abrüstung bzgl. des Annexionsvorwurfes ein Mittel der Wahl.

Zu II.2.

Mit dem GASP-Beschluss 2014/145 wurden im Rahmen des Sanktionsmechanismus Einreiseverbote verhängt. Diese richteten sich zunächst gegen 21 Personen. Der Personenkreis wurde in den folgenden Jahren erweitert und betraf nach den Duma-Wahlen auf der Krim und in Sewastopol auch 6 Duma-Abgeordnete der Krim, also jene Personen, die „vor Ort“ unmittelbar in politische Entscheidungsprozesse einbezogen sind. Eine parlamentarische Zusammenarbeit, die hier zur Verständigung beitragen kann, wird so erschwert.

Zu II.3.

Entgegen der Einlassung der Staatsregierung vom 13. Dezember 2017 (siehe Plenarprotokoll der 64. Sitzung von 13. Dezember 2017 S.5911) sind die Russlandsanktionen ursächlich -wenngleich nicht allein ursächlich- dafür, dass das sächsische Exportgeschäft mit Russland nicht funktioniert (vgl. u.a. Vorwort zur Drs. 6/11593). Aktuell sind hiervon kleine und mittelständische Unternehmen bundesweit und auch in Sachsen betroffen.

Zu II.1.

Mit den Forderungen im Punkt II.1. soll der neue methodische Ansatz der ostdeutschen Ministerpräsidenten unterstützt und inhaltlich untersetzt werden. Die positiven Erfahrungen des Verbindungsbüros in Prag zeigen, wie wichtig Präsenz vor Ort für die Vernetzung von Partnern sowie für die Entwicklung von bilateralen Beziehungen ist.

Zu II.2.

Seit 1993 bestehen Beziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Republik Baschkortostan. Arbeitskontakte werden jedoch in sehr unregelmäßigen Abständen wahrgenommen. Beziehungen jenseits der politischen Ebene sind auch deshalb überschaubar und ausbaufähig. In diesem Jahr gab es jedoch verschiedene Treffen zwischen sächsischen und baschkirischen Abgeordneten u.a. mit den Themenschwerpunkten Landwirtschaft und Tourismus. Im Hinblick auf eine breitere Vernetzung verschiedener Akteure aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind für die Zukunft feste Ansprechpartner sowie konkrete Konzepte in Abstimmung mit den russischen Partnern erforderlich.